

MEDIENMITTEILUNG

Thun, 27. November 2016

EDU-Reaktion zu den Abstimmungsergebnissen vom 27. November 2016

Energieversorgung bleibt eine Herausforderung

Nach dem Nein zur Atomausstiegs-Initiative: Sorgfältige Energieplanung gefragt.

Das Volk hat sich für eine sorgfältige Energieplanung ausgesprochen. Jetzt geht es darum, die international verknüpfte Tarifpolitik so zu gestalten, dass die Stromproduktion in der Schweiz auch für Atom- und Wasserkraftwerke wieder finanziell tragbar wird. Ebenso stehen Umweltverbände und diesen nahestehende Parteien in der Pflicht, ihre Verhinderungspolitik für Bauten auch zur alternativen Energiegewinnung aufzugeben, damit die Zeit nach Ablauf der heutigen Atomkraftwerke seriös vorbereitet werden kann. Der Strom-Versorgungssicherheit ist eine hohe Priorität einzuräumen.

Ebenso ist der Bund gefordert, eine unbürokratische Energiepolitik zu betreiben. Das Referendum gegen die Energiestrategie 2050 behält gerade auch wegen der dort festgeschriebenen Kontroll- und Umverteilungsbürokratie seine volle Berechtigung.

Das Abstimmungsergebnis entbindet die Bevölkerung aber nicht von der Dringlichkeit, sich im energieverschwendenden Lebensstil einzuschränken. Es ist jedoch an der Zeit, dass diese Selbstbeschränkung nicht durch weitere Bürokratie aufgegleist wird. Sowohl mit der Tarifpolitik als auch mit den administrativen Kosten ist auf den finanziellen Schutz des Gewerbes und damit der Arbeitsplätze zu achten.

Zur Ablehnung der Ehe-Initiative im Kanton Zürich:

Die EDU wird sich auch auf Bundesebene für den Erhalt der Ehe-Definition einsetzen.

Der Mut der EDU Kanton Zürich, die Ehe in der Zürcher Kantonsverfassung als auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau festzuschreiben zu wollen, behält trotz der Abstimmungsniederlage Vorbildcharakter. Mit demselben Mut, derselben Überzeugung und besten Argumenten wird sich die EDU Schweiz jedem ideologischen Ansinnen entgegenstellen, das geltende Schweizer Ehegesetz für alle Beziehungsformen zu öffnen. Zur Gesundheit einer Gesellschaft gehört die Pflege der Ehe zwischen Mann und Frau sowie die Beachtung des Menschenrechts, dass Kinder wenn immer möglich in der Obhut ihres leiblichen Vaters und ihrer leiblichen Mutter sind.

Für weitere Auskünfte:

Hans Moser, Präsident EDU Schweiz, 079 610 42 37

Alt Grossrat Martin Friedli, GL-Mitglied, 079 848 97 96

Roland Haldimann, Vizepräsident EDU Schweiz, 079 435 36 40